



Presseerklärung des Sicherheitsrats zur Situation in Myanmar

NEW YORK, 4. Februar 2021 – Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekundeten ihre tiefe Besorgnis darüber, dass das Militär in Myanmar am 1. Februar den Notstand ausgerufen hat und dass Mitglieder der Regierung willkürlich festgenommen wurden, neben anderen insbesondere Staatsberaterin Aung San Suu Kyi und Präsident Win Myint. Sie forderten die sofortige Freilassung aller Festgenommenen.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats betonten, dass der demokratische Übergang in Myanmar auch weiterhin unterstützt werden muss. Sie betonten die Notwendigkeit, die demokratischen Institutionen und Prozesse aufrechtzuerhalten, auf Gewalt zu verzichten und die Menschenrechte, die Grundfreiheiten und die Rechtsstaatlichkeit uneingeschränkt zu achten. Sie ermutigten dazu, im Einklang mit dem Willen und den Interessen des Volkes von Myanmar den Dialog und die Aussöhnung fortzuführen.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats äußerten sich besorgt über die Einschränkungen für die Zivilgesellschaft, Journalistinnen und Journalisten, die in Myanmar im Zusammenhang mit der Krise im Rakhaing-Staat behoben und die notwendigen Bedingungen für die freiwillige und dauerhafte Rückkehr der Vertriebenen in Sicherheit und Würde geschaffen werden müssen.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekräftigten ihr nachdrückliches Bekenntnis zur Souveränität, politischen Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und Einheit Myanmars.

